

Besoldungsordnung für die Mitglieder der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden und für den Staatsschreiber

vom 11. September 1989^{*}

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

gestützt auf § 13 Absatz 1 des Behördengesetzes vom 17. November 1970 ¹,

nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 6. Juni 1989 ²,

beschliesst:

§ 1 *Mitglieder des Regierungsrates*

¹ Jedes Mitglied des Regierungsrates bezieht eine jährliche Besoldung von 112 bis 120 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal ³.
⁴

² Der Regierungspräsident oder die Regierungspräsidentin ^{4a} erhält eine Zulage von 8 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal.

§ 2 ⁵

§ 3 ⁶ *Staatsschreiber*

Der Staatsschreiber bezieht eine jährliche Besoldung von 101 bis 109 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal.

§ 4 *Mitglieder des Obergerichts*

¹ Jedes Mitglied des Obergerichts bezieht eine jährliche Besoldung von 99 bis 107 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal. ⁷

² Der Präsident des Obergerichts erhält eine Zulage von 7 Prozent, der Vizepräsident eine Zulage von 3 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal.

§ 5 *Mitglieder des Verwaltungsgerichts* ⁸

¹ Jedes Mitglied des Verwaltungsgerichts bezieht eine jährliche Besoldung von 99 bis 107 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal. Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen für die Fachrichter des Verwaltungsgerichts. ⁹

² Der Präsident des Verwaltungsgerichts erhält eine Zulage von 7 Prozent, der Vizepräsident eine Zulage von 3 Prozent des Maximums der obersten Besoldungsklasse der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal.

§ 5a ¹⁰ *Anteilmässiger Besoldungsanspruch*

Bei Teilzeitarbeit besteht ein anteilmässiger Besoldungsanspruch entsprechend dem Beschäftigungsgrad.

§ 5b ¹¹ *Besoldungsentwicklung*

¹ Im ersten Amtsjahr richtet sich die Besoldung nach dem niedrigsten Prozentwert des Besoldungsmaximums der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal.

² Danach erfolgt jährlich auf Beginn des Kalenderjahres eine Erhöhung der Besoldung um einen Prozentwert des Besoldungsmaximums der jeweils geltenden Besoldungsordnung für das Staatspersonal bis zum Erreichen des maximalen Prozentsatzes nach acht Amtsjahren.

§ 6 *Sozialzulagen und Dienstaltersgeschenk*

Für die Sozialzulagen und das Dienstaltersgeschenk gelten die Bestimmungen für das Staatspersonal.

§ 7 *Aufhebung eines Erlasses*

Die Besoldungsordnung für die obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vom 1. Juli 1974 ¹² wird aufgehoben.

§ 8 *Inkrafttreten*

Dieser Grossratsbeschluss tritt am 1. Januar 1990 in Kraft. Er ist zu veröffentlichen.

Luzern, 11. September 1989

Im Namen des Grossen Rates

Der Präsident: Martin Senn

Der Staatsschreiber: Viktor Baumeler

¹ Alle im Amt stehenden Verwaltungs- und Gerichtsbehörden gemäss diesem Beschluss werden beim Inkrafttreten gemäss dem minimalen Prozentwert besoldet.

² Den beim Inkrafttreten im Amt stehenden Behördenmitgliedern wird ihre bisherige Besoldung garantiert.

* K 1989 1734 und G 1989 318. Fassung des Titels gemäss Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

¹ SRL Nr. 50

² GR 1989 738

³ SRL Nr. 73. Auf diesen Erlass wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

⁴ Fassung gemäss Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

^{4a} Gemäss Änderung vom 28. April 2008, in Kraft seit dem 1. August 2008 (G 2008 252), wurde die Bezeichnung «Schultheiss» durch «Regierungspräsident oder Regierungspräsidentin» ersetzt.

⁵ Aufgehoben durch Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

⁶ Fassung gemäss Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

⁷ Fassung gemäss Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

⁸ Fassung gemäss Änderung vom 25. Juni 1996, in Kraft seit dem 1. Januar 1997 (G 1996 191).

⁹ Fassung gemäss Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

¹⁰ Eingefügt durch Änderung vom 25. Juni 1996, in Kraft seit dem 1. Januar 1997 (G 1996 191).

¹¹ Eingefügt durch Änderung vom 24. Juni 2002, in Kraft seit dem 1. Januar 2003 (G 2002 336).

¹² G XVIII 468 (SRL Nr. 72)

Tabelle der Änderungen der Besoldungsordnung für die Mitglieder der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden und für den Staatschreiber vom 11. September 1989 (G 1989 318)

Nr. der Änderung	Ändernder Erlass	Datum	Kantonsblatt Jahrgang Seite	Gesetzessammlung Jahrgang Seite	Geänderte Stellen	Art der Änderung
1.	Änderung	25. 6. 96	K 1996 1798	G 1996 191	§ 5 § 5a	geändert eingefügt
2.	Änderung	24. 6. 02	K 2002 1637	G 2002 336	§ 2 Erlasstitel; §§ 1, 3–5 § 5b	aufgehoben geändert eingefügt